

Bündnisgedanken. Von *Wolfgang Kluxen* und *Hermann Lübke* in die Debatte geworfen, geisterte die Forderung nach einer „Allianz von Kirche und Wissenschaft zur Erhaltung unserer rationalen Kultur“ durch den Raum. Krings faßte das ironisch in den Satz: „Wir und die katholische Kirche sind gleich konservativ.“ Rettung rationaler Kultur? Eine notwendige Aufgabe könnte das schon einmal werden. Besser als durch solche Allianzen wäre sie

denn aber vielleicht dadurch zu bewältigen, daß Kirche und Wissenschaft jungen Menschen mehr und – soweit es geht – Gemeinden helfen, „zwischen den Zufälligkeiten und Notwendigkeiten ihrer Lebenswelt ihr Ich zu finden“ (Bischof *Hemmerle*). Das aber setzt nicht nur Hörbereitschaft der Kirche, sondern auch rationale Selbstbegrenzung der Wissenschaft voraus. Diesbezüglich war das Bild insgesamt ermutigend. *D. S.*

gungspolitik, die Zurückdrängung des Gewinnprinzips und die staatliche Förderung eines qualitativen Wachstums. Die neue Alternativbewegung müsse sich mit der Arbeiterbewegung als alter Alternativbewegung versöhnen. Um die Trennung zwischen Utopie und aktueller Reformpolitik zu überwinden, müsse die Umsetzung einer alternativen Wirtschaftsordnung in den realen Lebensverhältnissen ansetzen.

Es gehört zur sozialetischen Urteilsbildung über solche Konzeptionen, daß sie auf ihre *Schwachstellen* hin kritisch abgeklopft werden. Schließlich kann sich gerade die ethisch-theologische Bewertung nicht einfach von den ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten dispensieren. So ließ man mit dem Kölner Wirtschaftswissenschaftler *Christian Watrin* einen Kritiker der alternativen Ökonomie im Sinn einer dezentralisierten Selbstverwaltungswirtschaft zu Wort kommen. Watrin insistierte nicht ohne Sympathie für die von ihm kritisierten Vorstellungen darauf, daß man das ökonomische Kalkül nicht einfach ausschalten könne. Kollektives Eigentum sei ineffizient und tendiere zur Verschwendung, es gebe in einer Selbstverwaltungswirtschaft keine ausreichende soziale Sicherung, vor allem sei Selbstverwaltung als gesellschaftliche Grundkonzeption nicht praktikabel.

Auch Hickels Argumente für eine weniger marktorientierte und stärker durch staatliche Eingriffe gelenkte Wirtschaftspolitik bleiben verständlicherweise nicht unwidersprochen. Über den damit entfachten *Streit über aktuelle Wirtschaftsprobleme* hinaus (Soll die Arbeitslosigkeit durch Erhöhung der Leistungskraft der Wirtschaft und Abbau sozialer Leistungen oder durch staatliche Investitionsprogramme bekämpft werden?) richtete sich die Anfrage, ob es angängig sei, von einer „Politisierung der Ökonomie“ die Aufhebung von Entfremdung zu erwarten, und wie sich dazu das christliche Menschenbild verhalte, das auch die Realität der Sünde ernst nehme. Sozialethik kann es allerdings nicht bei der Kritik belassen und in der Sa-

Soziallehre: Sensibilität für eine alternative Wirtschaftsordnung?

Nicht selten ist gegenwärtig davon die Rede, man solle sich in der Kirche bei der notwendigen Auseinandersetzung mit den großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verstärkt auf die *katholische Soziallehre* zurückbesinnen. Eine solche Forderung ist angesichts zunehmender Orientierungsprobleme in Kirche und Gesellschaft verständlich. Allerdings werden damit auch *Anforderungen* an die Soziallehre gestellt: Sie darf sich nicht mit der bloßen Fortschreibung ihrer unbestrittenen Leistungen und Einsichten begnügen. Vielmehr braucht sie die sorgfältige Reflexion darüber, woher sie letztlich ihre Aussagen nimmt und wie sie diese begründet. Ebenso wichtig ist die Sensibilität für das, was sich in Staat und Gesellschaft an Strömungen und Entwicklungen abzeichnet.

Einen Schritt in diese Richtung versuchte die diesjährige Sozialethiker-Tagung vom 13. bis 15. Mai in Mönchengladbach. Man hatte sich dafür das Thema „Alternative Ökonomie“ vorgenommen, das sich so wenig wie die damit eng verbundene Umwelt- und Wachstumsproblematik im klassischen Kanon der katholischen Soziallehre findet.

„Alternative Ökonomie“, das wurde bei dieser Gelegenheit deutlich, ist allerdings ein Oberbegriff, der *verschiedenen gelagerten Gegenbewegungen* zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik umfaßt. Dazu gehört zunächst die Kritik an der Marktwirtschaft und ihren ökologischen Defiziten, wie sie

in der alternativen Bewegung vorgebracht wird. Sie setzt dagegen das Plädoyer für eine „sanfte“ Technik, für eine Zurückdrängung von Spezialisierung und Arbeitsteilung, für eine Organisation der Gesellschaft in kleine selbstverwaltete, die Entfaltung jedes einzelnen ermöglichende Einheiten, für eine weitestgehende Schonung der natürlichen Umwelt. Konkret umgesetzt wird diese Konzeption einer alternativen Ökonomie bisher in „alternativen“ Werkstätten, Genossenschaften und Landwirtschaftsbetrieben, die sich in Nischen der bundesrepublikanischen Wirtschaft angesiedelt haben. Die Forderung nach einer alternativen Wirtschaftsordnung kann aber auch von den gegenwärtigen Krisenphänomenen der Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Stagnation) ausgehen und sie als Antwort auf Anzeichen für grundlegende Defizite einer markt- und gewinnorientierten Wirtschaft deuten. In diesem Sinn plädierte der Bremer Wirtschaftswissenschaftler *Rudolf Hickel*, Mitverfasser der Gegengutachten zu denen der „Fünf Weisen“, für eine *grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik*: Während eine Therapie der Krise durch ein Mehr an Markt die politische und soziale Polarisierung nur verschärfe, brauche es eine „Politisierung der Ökonomie“; nur durch sie könne der Primat des Menschen vor dem Wirtschaftssystem gesichert und der wachsenden Entfremdung gegengesteuert werden. Kurz- und mittelfristig empfahl Hickel eine aktivere staatliche Beschäfti-

che zur Tagesordnung übergehen. Dazu sind nicht unbedingt die Antworten und Lösungsmodelle der alternativen Ökonomie, wohl aber ihre *Anfragen* zu ernst und zu grundlegend: *Welche Perspektiven* entwickelt die katholische Soziallehre angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und Strukturveränderungen? Wie steht sie zu Zielkonflikten zwischen Umweltbewahrung und Wachstum? Wie stellt sie sich zu dem Wertewandel, dessen auffälligstes, aber keinesfalls einziges Symptom das Entstehen der alternativen Bewegung darstellt? Greift ihr methodisches Instrumentarium überhaupt noch, wo es um das grundsätzliche Abwägen der verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strategien geht?

Offensichtlich nur begrenzte Dienste kann dabei die jüngste lehramtliche Verlautbarung zur Soziallehre, die Enzyklika „*Laborem exercens*“ Johannes Pauls II. leisten (vgl. HK, Oktober 1981, 513–536), auf die während der Tagung immer wieder Bezug genommen wurde. Sie schärft zwar den im Schöpfungsauftrag Gottes grundgelegten Wert der Arbeit als menschliches Existential ein und betont nachdrücklich die Personwürde des arbeitenden Menschen. Abgesehen davon, daß Themen wie Grenzen des Wachstums und Ökologie in „*Laborem exercens*“ kaum eine Rolle spielen, lassen die Aussagen der Enzyklika über den Vorrang der „subjektiven“ vor der „objektiven“ Dimension der Arbeit, über den Primat der Arbeit gegenüber dem Kapital aber einen *breiten Spielraum* für die Gestaltung einer Wirtschafts- und Sozialordnung offen.

So führten denn auch die Überlegungen von *Rudolf Henning*, Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Freiburg, zu den Urteilsproblemen der Sozialethik zu einem eher provisorischen, in jedem Fall aber ehrlichen Ergebnis: Die katholische Soziallehre kann im Bemühen, dem gegenwärtigen sozialen Wandel die notwendigen humanen Zielwerte zu setzen, sich weder einfach der Alternativbewegung mit ihren Aporien verschreiben noch deren Anstöße zugunsten einer Hei-

ligtsprechung der bestehenden Wirtschaftsstruktur und der sie stützenden besitzindividualistischen Antriebe übergehen. Sie könne das Marktsystem, so eine seiner Thesen, zwar akzeptieren, aber nur im Sinne seiner Korrekturfähigkeit und -bedürftigkeit. Angesichts der Probleme um Energieversorgung und Kernenergie sei Sozialethik nur begrenzt orientierungsfähig.

Trotz solcher offensichtlicher *Verlegenheiten* sind grundlegende Weichenstellungen, die auch für Einzelfragen hilfreich sein können, durchaus möglich. Das bewies das Referat des Münchner Sozialethikers *Wilhelm Korff* zum Thema „Wachstum oder Konsumskese?“ Korff machte überzeugend klar, daß die Berufung auf größere Naturnähe eines möglichen Lösungswegs oder auf „natürliche“ Bedürfnisse für die ethische Entscheidung nicht eo ipso ausschlaggebend seien. Das moralisch Gerechtfertigte lasse sich nicht durch Reduktion auf das Natürliche ermitteln. Vielmehr gehöre der *vernünftige Umgang mit der Natur* zur Würde des Menschen; gegenwärtig gebe es bei der Gestaltung unserer Lebensverhältnisse eher ein Zuwenig als ein Zuviel an Vernunft. Demnach handelt derjenige ethisch richtig, der sowohl in Rechnung stellt, daß der Mensch auf Zukunft hin immer mehr kann, als er schon ist, als auch die Tatsache berücksichtigt, daß er aufgrund der Begrenztheit und Versuchlichkeit seiner Vernunft hinter diesen Möglichkeiten entweder schuldhaft zurückbleiben oder sich

ebenso schuldhaft überschätzen kann. Es gebe also, so Korff, keine Moral ohne Konflikt; Zumutung und Ermessen blieben ständige Begleiter der ethischen Urteilsfindung.

Welche *Konsequenzen* sich aus einem solchen Ansatz ergeben, der vor allem auf die Kraft der Vernunft und die Fähigkeit zum Kompromiß vertraut, wurde in Mönchengladbach nicht ausdiskutiert. Das galt auch für die übrigen Themenkreise, die in den Referaten und Statements angerissen wurden. Allerdings sollte die Tagung ja vor allem dazu dienen, sich erst einmal auf die Herausforderungen der alternativen Ökonomie einzulassen, ohne auch schon mit fertigen sozialethischen Rezepten aufwarten zu können.

Es wäre deshalb zu wünschen, daß es nicht bei einem solchen Anstoß bleibt. In Mönchengladbach ging man, im ganzen gesehen, über die alternativen Anfragen noch zu schnell hinweg, was sicher auch mit der Art zu tun hatte, in der sie dargeboten wurden. Eine katholische Soziallehre, die für die gegenwärtige und weiterhin zu erwartende Diskussion über Wachstum, Umwelt, Technik und soziale Gerechtigkeit sensibel wäre, hätte eine *wichtige Aufgabe*. Angesichts der unvermeidlichen Spannungen und Polarisierungen, gerade auch in der Kirche, könnte sie ein Potential an Grundorientierungen und Hilfen zur konkreten Urteilsbildung und Entscheidungsfindung einbringen und damit der Flucht in Irrationalismen und Kurzschlüssigkeiten wehren helfen. *U. R.*

Schweiz: neue Bistümer?

Im Anschluß an ihre Sommerkonferenz vom 1. bis 3. Juni 1982 informierte die Schweizer Bischofskonferenz die Medienvertreter über das Projekt einer Neuregelung der Schweizer Diözesen. Bischof *Anton Hänggi* unterstrich dabei das seelsorgerliche Anliegen einer Verkleinerung der großen Bistümer bzw. der Errichtung neuer Bistümer.

Dieses Projekt sieht die *Schaffung von drei neuen Bistümern* vor mit den Bischofssitzen Luzern, Zürich und

Genf. Luzern durch Abtrennung der Kantone Luzern und Zug vom Bistum Basel und der Kantone Ob- und Nidwalden vom Bistum Chur; Zürich durch Abtrennung des Kantons Zürich vom Bistum Chur und des Kantons Schaffhausen vom Bistum Basel; Genf durch Abtrennung des Kantons Genf vom jetzigen Bistum Lausanne, Genf, Fribourg; zudem soll der Kanton Thurgau vom Bistum Basel abgetrennt und dem Bistum St. Gallen unterstellt werden.